

Wie können sich Menschen in die Streitfragen der Zeit öffentlich einmischen? Mit welchen Methoden lässt sich die vorschulische Erziehung auf Trab bringen? Und: Wie kann man qualende Ängste jenseits der therapeutischen Liege offensiv bekämpfen? Drei thematisch sehr unterschiedliche Projekte in der bayerischen Landeshauptstadt haben eines gemeinsam: Sie praktizieren besondere Formen der demokratischen Mit- und Selbstbestimmung. Dabei wollen sie wichtige individuelle und gesellschaftliche Zukunftsfragen nicht den Experten überlassen, sondern eigene Wege des Engagements erproben.

Eines dieser Projekte trat auf der Bundesgartenschau (BUGA) in München im vergangenen Sommer auf den Plan. Dort erlebten die Besucher etwas, was sie an die Speakers' Corner im Londoner Hyde Park erinnerte. Von Juni bis August gab es öffentliche Debatten zu aktuellen Kontroversen wie etwa die Notwendigkeit einer Straßennaht in der bayerischen Landeshauptstadt oder – am Tag der Zeugnisausgabe – die Abschaffung der Schulnoten. Nur: Es waren keine Solisten, die auf Holzkisten oder Leitern stehend um die Aufmerksamkeit der Spaziergänger rangen, sondern Pro- und Contra-Fraktionen aus je drei Personen, die auf wenige Minuten Redezeit begrenzt und im ständigen Wechsel miteinander Vor- und Nachteile einer Maßnahme begründeten, das Publikum in die Debatte einbezogen und auf spontane Zwischenfragen reagierten.

Debattieren ohne Wortgeklingel

Während die Rednerecke im Hyde Park ein buntes Gemisch aus religiösen Eiferern, Weltverbesserern und Nörglern anzieht, die eher predigen als debattieren und sich oft mit ihrem Publikum verbeissen, war die »Gegenveranstaltung« auf dem BUGA-Gelände von gänzlich anderer Qualität: »MitREDEN! Speakers' Corner für München« versteht sich als Debattierplattform und Demokratie-schmiede im Alltag, die öffentliche Streitfragen polarisiert und straff moderiert mit überzeugenden Argumenten, geistiger Frische und spannender Rhetorik austrägt – und somit bewusst einen Gegenpol zum Wortgeklingel in den TV-Talkshows schafft.

Das kam so gut an, dass im Herbst 2005 die Grünen-Fraktion im Münchner Stadtrat den Antrag stellte, auf dem neu zu gestaltenden Marienhof hinter dem Rathaus eine öffentliche Debattiercke einzurichten, die den auf der BUGA praktizierten Regeln folgt. Das Zeitungsecho darauf war so riesig, dass nun auch die SPD hellhörig wurde, die mit den Grünen ein Regierungsbündnis bildet. Im

Wolfgang C. Goede

Jeder kann Experte sein

DEMOKRATIE ALS LEBENSFORM ■ Drei Projekte in München haben beispielhafte Modelle von Bürgerengagement und Selbstbestimmung entwickelt



Februar stellten die MitREDEN!-Initiatoren der SPD-Fraktion das Modell vor. Die Freunde des Debattierens sind Mitglieder des »Bündnisses zur Erneuerung der Demokratie« (BED) – 1999 zum 50-jährigen Bestehen des Grundgesetzes gegründet, setzt es sich für mehr Mitsprache des Bürgers in Politik und Gesellschaft ein. Das Mitrede-Forum entwickelte der BED zusammen mit dem Debattierclub München. Er besteht aus Studenten, die sich die Kunst der Debatte an den Hochschulen Englands abschauten und am Münchner Campus ansiedelten. Das möchte nun der BED in die öffentliche Arena tragen.

Die »Munich Speakers' Corner« als Platz der öffentlichen Auseinandersetzung sei ein

lebhafter Ausdruck der Bürgerbeteiligung und der Bürgergesellschaft, warb BED-Mitglied Fritz Letsch, Theaterpädagoge und Moderator, bei den SPD-Stadträten für sein Projekt. Auf Stadtteil- und Bürgerversammlungen sowie in Schulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung werde man mit diesem originellen Beteiligungswerkzeug hervorragend arbeiten können, glaubt er und brachte damit weitere Anwendungen ins Gespräch. Im Mai soll auf einem zentralen Münchner Platz eine große Demo-Debatte stattfinden, unter Anwesenheit der Stadträte und Münchens Ehrenbürgerin Hildegard Hamm-Brücher, Schirmherrin der bayerischen Variante der britischen Speakers' Corner.

Gemeinsame Weltkultur im Kleinen

Die Idee dazu wurde bei einem Open Space erfunden, einer gruppenspezifisch besonders aktiven Form des Brainstormings, veranstaltet im Familien- und Empowerment-Zentrum Casa Luz. Dieses wurde von der gebürtigen Kolumbianerin und Pädagogin Luz Obesso gegründet und beherbergt hauptsächlich einen internationalen Kindergarten und Hort, in dem zwei Dutzend Nationen ein und aus gehen. Drei Idiome werden in der privaten und nicht öffentlich geförderten Einrichtung gesprochen: neben Deutsch die beiden Weltsprachen Englisch und Spanisch. Das Konzept dafür brachte Frau Obesso aus ihrer Heimat mit, in der sie ein englischsprachiges Gymnasium besuchte, in dem junge Menschen aus aller Welt unterrichtet wurden. »Im Zeitalter der Globalisierung, in dem die Distanzen schrumpfen, die Grenzen verschwinden und eine gemeinsame Weltkultur sich etabliert, haben Menschen große Vorteile, wenn sie mit Angehörigen anderer Kulturen, Religionen und Hautfarben aufwachsen und nicht auf eine Sprache fixiert sind«, sagt die Gründerin von Casa Luz, was in freier Übersetzung und in Ableitung ihres Vornamens »Sonnenhaus« heißt.

Die lichtdurchfluteten und mit viel Holz ausgestatteten Räume in München-Schwabing wirken warm und einladend. »Mein pädagogischer Grundgedanke ist, die Kinder so anzunehmen, wie sie sind«, erzählt die Südamerikanerin. Das geschehe hauptsächlich durch liebevolle Anerkennung, die den Kleinen das Gefühl gibt: Ich bin okay. »Dieses Urvertrauen wird Kindern durch mehr dirigistische Erziehungsmethoden oft genommen, sodass sie später ein ganzes Leben lang um Sicherheit kämpfen müssen und in schwierigen Situationen immer wieder einknicken«, berichtet Frau Obesso. Dies führe häufig zu Störungen wie übermäßige Ag-

gressivität sowie Ängsten und Depressionen, die beiden Volkskrankheiten der heutigen Zeit. Hyperaktivität, in anderen Erziehungseinrichtungen ein zentrales Thema und mit einem ganzen Arsenal von Maßnahmen bekämpft, ist für sie kein Thema. »Kinder sind nun mal von Natur aus quirlig und wollen die Welt entdecken«, sagt sie. Das sei nervig für viele Erwachsene, die aus ihrem Ruhebedürfnis heraus die kleinen Plagegeister am liebsten an die Leine legten. Doch im vorschulischen Alter findet im Gehirn neuronale Vernetzungen statt, die zum großen Teil durch Umweltanreize gesteuert werden, die die Kinder dringend brauchen. Zu viel Maßregelungen und Einschränkungen bremsen die Entwicklung der Intelligenz – Autonomie und Selbstbestimmung verkümmern.

Großer Kreis am Vormittag in Casa Luz: 25 Kinder aller Hautfarben sitzen beisammen und lernen ein englisches Lied, ganz spielerisch: »One little, two little, three little Indians«, und alle hüpfen und machen Grimassen dazu. Später werden sie eigene Verse dazu dichten, auch auf Spanisch, und ihre Gesangs- und Tanzkunst auf dem Sommerfest im Englischen Garten vorführen. Keiner langweilt sich, alle sind mit großem Eifer dabei. Mit ihren in Bayern gesammelten Erfahrungen baut Frau Obesso im heimischen Medellín in diesem Frühjahr einen Lehrstuhl für Kinderpädagogik auf, während eine ebenfalls aus Kolumbien stammende Pädagogin das »Sonnenhaus« für sie führt – auch eine Form von Globalisierung.

Theatergruppe gegen Sozialängste

In fünf Kilometern Luftlinie von Casa Luz, unweit des Münchner Hauptbahnhofs, steht eine Einrichtung, die mit Menschen arbeitet, die unter Angststörungen leiden. Während einige sich davor fürchten, mit mehreren Personen gemeinsam zu essen, trauen sich andere in keine U-Bahn – manche sogar kaum mehr aus der Wohnung. Neurotische Ängste und Panikattacken machen 15 Prozent der Bundesbürger das Leben zur Qual, Tendenz steigend. Es gibt einen ganzen Irrgarten von Therapien, Psychopharmaka in allen Farben, doch Gerhard Schick setzte vor 17 Jahren auf einen anderen Weg: Hilfe durch Selbsthilfe verschiebte sich der Angstleidende. Er gründete die Münchner Angsthilfe und Selbsthilfe MASH e.V., entwickelte in Anlehnung an die Themenzentrierte Interaktion TZI ein einfaches und sehr effektives Modell für die Leitung von Gesprächsgruppen, gewann das Gesundheitsreferat der Stadt München für eine finanzielle Förderung und hatte bald fast zweihundert Schicksalsgenossen unter dem MASH-Dach – mit durchschlagendem Erfolg. Nach dem Vorbild an der Isar entstanden in ganz Deutschland fast 20 weitere Einrichtungen, die nicht durch Therapeuten angeleitet werden, sondern durch ehemals Angstbetroffene, die sich mit dem Thema genau auskennen.

Untersuchungen zeigten, dass das Sprechen über die persönlichen Ängste enorm entlastend wirkt. Die Teilnehmer der Gesprächsgruppen brauchten weniger Medikamente, die Krankschreibungen gingen zurück, insgesamt wurden sie viel leistungsfähiger – was die Krankenkassen bald zu schätzen lernten und Selbsthilfegruppen mit einem Bonus unterstützten. Neben den Gesprächskreisen gibt es Übungsgruppen für Agoraphobiker, die in immer größeren Kreisen die Umgebungen ihrer Wohnungen und Wohnorte erforschen; seit neuestem hat MASH in seinem Portfolio eine Theatergruppe für Menschen mit Sozialängsten, die dort lernen, ihre Befürchtungen zu spielen und sie gleichzeitig in einem Theaterstück zu übertreiben und auszuagieren. Mit Rollen- und Perspektivwechseln das Gehirn, die Synapsen und die Hormone durchzupusten, alte Rollen des Sich-Unterwerfens abzulegen und aktiver am Leben teilzunehmen – für das alles taugt die Bühne, um letztlich auch im Alltag Regisseur der eigenen Lebensbiografie zu werden. ■

Sebastian Lovens

Tausche Alter gegen Religion

ANTIDISKRIMINIERUNGSGESETZ ■ Die große Koalition steht kurz vor einem Kompromiss

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren« – Artikel 1 der UNO-Menschenrechtserklärung ist eine annäherungswerte Fiktion. Denn faktisch sind alle Menschen verschieden – sie sind unterschiedlich alt, gebildet, körperlich tüchtig, sprachbegabt, gläubig und sehen zu allem Überfluss auch noch verschieden aus. Darf man sie so unterschiedlich, wie sie sind, auch behandeln?

Der Staat republikanischer Prägung darf das grundsätzlich nicht. In der Tradition der französischen Egalité garantiert etwa Artikel 3 unseres Grundgesetzes die Gleichbehandlung durch den Staat – auch wenn die Schlussfolgerungen daraus höchst diffizil sind. Aber wie steht es um die Behandlung durch Bürger? Auf der einen Seite ist es Aufgabe des Staates, die Freiheit des Einzelnen zu garantieren, im Rahmen der Gesetze tun und lassen zu können, was er will und also auch nur mit demjenigen Geschäfte zu machen, den er sich als Partner aussucht. Auf der anderen Seite leben Menschen in struktureller Unfreiheit, wenn sie aufgrund ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung in der Gesellschaft weniger Möglichkeiten haben als Angehörige der jeweils herrschenden Gruppe. Diese Möglichkeiten dennoch zu garantieren, hat sich nun auch Deutschland zur Aufgabe gemacht: Nachdem das rot-grüne Projekt eines Anti-Diskriminierungsgesetzes am Bundesrat gescheitert war, wendet sich die große Koalition einem Allgemeinen Gleichstellungsgesetz zu. Nicht ganz freiwillig, denn Deutschland hat einige EU-Richtlinien gegen Diskriminierung noch nicht umgesetzt, obwohl die Frist dafür teilweise seit Mitte 2003 abgelaufen ist. Neben der latenten Gefahr von Schadensersatzklagen durch diskriminierte Bürger drohen der Bundesrepublik nun auch noch Bußgeldzahlungen an Brüssel.

Zur Zeit streiten Union und SPD darüber, welche Gruppen in welchem Umfang von dem Gesetz geschützt werden sollen. Die

Union will die gemeinschaftsrechtlichen Mindestanforderungen so gerade eben erfüllen: Danach erstrecken sich die Diskriminierungsverbote im Arbeitsleben auf die Merkmale ethnische Herkunft, Geschlecht, Alter, Behinderung, sexuelle und religiöse Orientierung, während im übrigen Alltag lediglich die ethnische Herkunft und das Geschlecht keine zulässigen Anknüpfungspunkte für eine unterschiedliche Behandlung sein dürfen. Die SPD will auch die übrigen vier Gründe für unzulässig erklären. Für die Betroffenen ist es dabei kein Luxus, vom geplanten Gesetz geschützt zu sein – Beispiel Behinderung: So kann es einer Rollstuhlfahrerin passieren, dass sie vor einem Interkontinentalflug ärztlich versichern lassen muss, dass sie andere Passagiere aufgrund von »Geruch, Aussehen oder Verhalten« nicht stört. Beispiel Alter: Versicherungen lassen den Schutz vor Restschuldbefreiungen aufgrund von Arbeitslosigkeit bisweilen mit 65, denjenigen vor den Kosten für Sehhilfen oder Zahnersatz mit 70 einfach auslaufen und sichern sich so die versicherungsmathematisch »günstigen« Risiken.

Es gibt viele andere Aspekte, die Betroffene ohne eigene Schuld benachteiligen können: mangelnde Bildungschancen etwa oder eine frühkindliche Traumatisierung. Das ist hinzunehmen, weil nicht jeder Einzelfall geregelt werden kann und das Geschäftsleben nicht umfassend staatlich organisiert werden darf. Dennoch zeigt die Diskussion, wie willkürlich die Auswahl der Kriterien ist. Die Koalition wäre gut beraten, sich daran zu orientieren, wie häufig, wie einschneidend, wie weitgehend die Diskriminierungen tatsächlich sind. Doch es sieht anders aus: Die Kompromisslinie in der Koalition läuft erwartungsgemäß entlang ideologischer Gräben und den Zielgruppen der beiden Parteien. Die Union könnte die Kriterien Alter und Behinderung akzeptieren, lehnt die Berücksichtigung der religiösen oder sexuellen Orientierung aber ab. Geht es nach der Union, wäre es daher zulässig, einer Muslimin eine

Wohnung deshalb nicht zu vermieten, weil sie nicht in die bürgerlich-christliche Hausgemeinschaft passt – oder einem Schwulen den Zutritt zu einem Fitnessstudio zu verweigern. Homosexuelle und Andersgläubige standen eben noch nie unter dem Schutz der CDU/CSU, Alte dagegen gehören durchaus zu ihrem Klientel.

Auch andere offene Fragen lassen Spannung aufkommen, wie die bis Ostern geplante Einigung über das Gesetz aussehen wird: Etwa, ob sich die SPD mit dem Wunsch durchsetzen kann, dass Betriebsräte oder Gewerkschaften auch ohne oder gar gegen den Willen des Betroffenen klagen können – vermutlich nicht, denn solche Verbandsklagerechte haben es traditionell schwer im individualrechtlich geprägten Deutschland. Oder, wo die von der EU geforderte Antidiskriminierungsstelle eingerichtet wird – bisherweise als Teil eines Ministeriums. Besonderer Sprengstoff hält die so genannte Kirchenklausel in der das Arbeitsleben betreffenden EU-Richtlinie bereit: Kirchen und ähnliche Arbeitgeber dürfen demnach anhand der Weltanschauung differenzieren, wenn diese eine »wesentliche berufliche Anforderung« darstellt. Die Union argumentiert, dies sei im Rahmen der Kirchen per se so, die SPD möchte auf die Art der Tätigkeit abstellen – sollte sich die Union durchsetzen, könnte ein kirchlicher Friedhof einen Gärtner auch weiterhin wegen seines muslimischen Glaubens ablehnen, obwohl der die Geranien wohl schwerlich zum Geben ruft wird. Dies würde die ohnehin schon vordemokratisch starke arbeitsrechtliche Stellung der Kirchen bestätigen.

Multikulturalität hatte unter Rot-Grün eine leidlich starke Lobby. Wie viel dieser Stärke die SPD in die große Koalition herüber zu retten gelang, wird sich an der Einigung zum Gleichstellungsgesetz ablesen lassen. Schon jetzt aber ist, wie stets, zu bedauern, dass die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts überhaupt Gesetze gegen die Diskriminierung braucht. ■

Anzeige

3. Auflage, soeben ausgeliefert



Georg Filberth: *G Strich - Kleine Geschichte des Kapitalismus* Hardcover, 316 S., EUR 19,80

Was ist das: Kapitalismus? Bei einer Begriffsbestimmung kommt Karl Marx relativ gut weg. Der folgende historische Abriss vom Handelskapitalismus bis zum Neoliberalismus schließt auch die Widersacher ein und führt zur Frage nach der Endlichkeit dieser Gesellschaft. »Bei Filberth weiß man stets, woran man ist. Darauf einen 1789er!« (FAZ)



Werner Biermann/Arno Klönne: *Kapital-Verbrechen* Broschur, 207 S., EUR 14,80

Zur Kriminalgeschichte des Kapitalismus: Vom Raub der Edelmetalle Amerikas, der Freibeuterei und dem Sklavenhandel über den Fordismus und das Fließband bis zu den Machenschaften ums Öl. »Ein grandioses Buch, ein Muß - als wirtschaftshistorisches Werk, als geostrategisches Handbuch und als Krimi.« (Frankfurter Rundschau)